

Burg, den 28.08.2024

Betreff

Asylrecht

Beschlussvorschlag

Der Kreisvorstand beschließt, dass der Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion aufgefordert werden, unverzüglich die bisherige Politik „*Wir schaffen das*“ mit der mit der dazugehörigen „*Willkommenskultur*“ aufzugeben.

Dabei sind folgende Punkte im Bund und den Bundesländern umzusetzen:

- a) Sofortiger Ausbau der Grenzsicherung an den EU-Außengrenzen und Beibehaltung der EU-Binnengrenzkontrollen (Beispiel Fußball EM)
- b) Flüchtlinge, die Deutschland in Richtung ihrer Heimatländer verlassen (Urlaub), verlieren ihren Aufenthaltsstatus
- c) Unverzügliches Umsetzen des geltenden Rechts. (Dublin Regeln)
- d) Deutliche Senkung der monetären Anreize für Flüchtlinge, d.h.
 - Abschaffung des Anspruchs auf Bürgergeld bzw. Asylbewerberleistungsgesetz (Beispiel: Schweden u. Dänemark)
 - Sozialtransfer nur nach Aufbrauch des mitgebrachten Vermögens (z.B. Pflicht zum KFZ-Verkauf bevor Leistungen bezogen werden)
- e) Sofortige Rückführung aller abgelehnten Asylbewerber in deren Herkunftsregionen, insbesondere der Straftäter; dazu Aufnahmeabkommen mit Drittstaaten in Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten
- f) Deutliche Unterstützung der Kommunen, Gemeinde, Städte u. Landkreise bei den anstehenden Aufgaben, insbesondere mit Geldleistungen in die jeweiligen Haushalte.
- g) Erarbeitung eines Anforderungsprofils von notwendigen Fachkräften und den Möglichkeiten diese durch die Bundesrepublik auszuwählen. (analog dem Modell Kanada)

Begründung

Am Freitag vergangener Woche kam es zu einem weiteren Terroranschlag in unserem Land. Ein abzuschiebender Syrer hat anlässlich der 650 Jahrfeier in Solingen 3 Menschen erstochen. 8 weitere Bürger zum Teil schwer verletzt. Die bisher vorhandenen Informationen bieten das Bild, wie es bei diversen anderen Fällen (Mannheim, Berlin usw.) auch, dass die Behörden überfordert oder ängstlich in der Umsetzung des geltenden Rechts sind oder waren.

Der Bundesvorsitzende unserer Partei, Friedrich Merz, hat unverzüglich am Wochenende die Initiative ergriffen und in seiner „Merz-Mail“ („Es reicht!“) erste Leitlinien formuliert.

Unser Kreisvorstand, die Kreistagsfraktion und der Kreisverband, haben sich in den vergangenen Jahren sehr intensiv an einer schnellen und wirksamen Eindämmung der Migration, sowie illegale und legale Grenzübertritte befasst. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die CDU und CSU, das Thema nun beherzt angehen und unsere Rolle als stärkste Bundestagsfraktion auch direkt in den Medien und im Parlament klar vertreten und in die Öffentlichkeit bringen.